

E 5604

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST



Die JVA Saarbrücken wurde im Dezember 100 Jahre alt

Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung:

**Lesen Sie im Fachteil die Reden des DBB-Bundesvorsitzenden
Peter Heesen und der Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries**

1

Februar 2008



Das aktuelle Thema von Wilhelm Bokermann

VG Arnsberg zur Bezahlung der Landesbeamten NRW:

Besoldung entspricht seit 2003 nicht mehr der Verfassung!

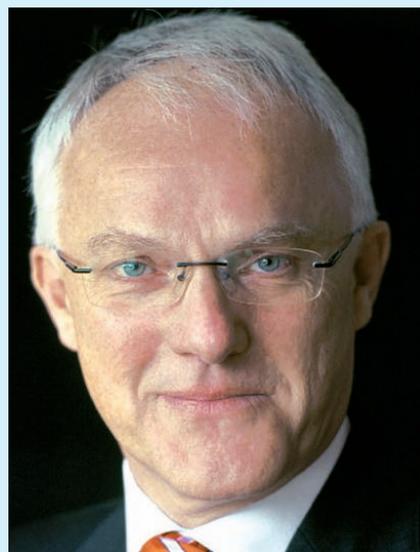
Vorletzten Sonntag, so gegen 20.00 Uhr, erhielt ich den Anruf meines alten Freundes und Weggefährten Günther L. aus der Ruhrgebietsmetropole Essen. Ich nahm an, dass er mir noch alles Gute zum neuen Jahr wünschen wollte, wie wir es sonst - bislang jedenfalls - wechselseitig getan haben. Doch diesmal war alles ganz anders. Er rufe an, um bei mir - seinem Freund und früheren Kollegen - seine aufgestaute Wut über die seit Jahren anhaltende Reduzierung der Beamtenbesoldung einerseits und die fatalen Auswirkungen der stetig steigenden Lebenshaltungskosten andererseits „abzuladen“, beschied er mich kurz und knapp. Dann wurde er deutlicher: „Die Abgeordneten schmieren sich ihren „Arm“ mit hohen Diätenanpassungen und wir - die Malocher - können sehen, wie wir unsere Familien durchbringen!“ So aufgebracht hatte ich meinen alten „Kumpel“ Günther noch nicht erlebt. Dieser sonst so ausgeglichene, liebenswerte Zeitgenosse mutierte fast zum „Verbal-Berserker“. Auch der Hinweis, dass wir beide doch in ein und demselben Boot säßen und ich leider über keine „Werkzeuge“ verfügen könne, um die jahrelange „Besoldungspolitik nach Gutsherrenart“ zu stoppen und ins Positive zu wenden, vermochte ihn kaum zu besänftigen.

Als „alter BSBD-Fuhrmann“ - so titulierte er mich - hatte ich mein „Fett“ erst einmal weg. Und mir fiel aber auch rein gar nichts zur Rechtfertigung der NRW-Politiker-Kaste ein. Zum Schluss seiner „Wutattacke“ stellte Günther fest: „Was ist das für eine Regierung, wenn die Landesbeamten ihren gesetzlich verbrieften Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung nun auch noch vor Gericht erstreiten müssen?“ Und damit war das Gespräch vorerst beendet. Später, nachdem er sich etwas beruhigt hatte, rief Günther erneut an, um sich für die geäußerten Grobheiten zu entschuldigen. Von seiner Kritik an der Düsseldorfer Beamtenpolitik, die die öffentlich Bediensteten scheinbar vorrangig als Kostenfaktoren betrachtet, nahm die „treue Seele“ allerdings kein Wort zurück, was selbst neutrale Beobachter der Szene nur allzu gut verstehen können.

Sonderopfer sind keine „Peanuts“!

Um die Besoldung der Beamten einschließlich der Versorgungsempfänger ist es in diesem Land in der Tat schlecht bestellt. Wiederholt haben der **dbb nrw** und die ihm angeschlossenen Fachgewerkschaften - darunter auch der **BSBD** - sowohl den Vertretern der Landesregierung als auch den Landtagsabgeordneten mit allem Nachdruck „den Spiegel vorgehalten“. Mit dem nahezu gebetsmühlenartig wiederholten Hinweis auf die zwingend erforderliche Haushaltssanierung wurden indes alle auch noch so guten Begründungen und nachdrücklichen Proteste stets aufs Neue „abgebügelt“. Dabei scheint dies ein Politikbereich zu sein, in dem Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg besteht. Die unter Rot-Grün eingeleiteten Sparmaßnahmen wurden jedenfalls unter Schwarz-Gelb nahtlos fortgeführt. **Bei den Sonderlasten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes** handelt es sich nicht etwa um „Peanuts“. Spätestens seit 2006 werden von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,

insbesondere von der Gruppe der Beamten, jährlich rund 2 Milliarden Euro als „Sonderopfer“ zur Sanierung eines seit Jahren aus den Fugen geratenen Landeshaushaltes einbehalten, obwohl die Kolleginnen und Kollegen für die Haushaltsmisere nun wirklich nicht verantwortlich gemacht werden können. Übrigens: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind die einzige Bevölkerungsgruppe, der man seitens der Regierungsverantwortlichen solche Sonderopfer abverlangt! Die politisch Verant-



Selbst Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hält die Grenze des Zumutbaren bei der Beamtenbesoldung für erreicht!

wortlichen brauchen sich folglich nicht zu wundern, wenn insbesondere die Beamten einer solch schiefelastigen Haushaltssanierung zunehmend Widerstand entgegensetzen.

Besoldung der Landesbeamten NRW ist verfassungswidrig

Dieser Widerstand hat derzeit seinen Niederschlag in 4 (vier) Vorlagebeschlüssen des **Verwaltungsgerichts in Arnsberg** vom 27. Dezember 2007

an das **Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe** gefunden. Nach Auffassung des **Verwaltungsgerichts** entspricht die **Besoldung der Beamten des Landes NRW seit 2003(!) nicht mehr den verfassungsrechtlichen Vorgaben, da deren Bezahlung in unzulässigerweise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden sei**. Im Einzelnen geht es um die Auswirkungen des Sonderzahlungsgesetzes NRW vom November 2003, womit u.a. das Urlaubsgeld ganz gestrichen worden ist. Die vier Verfahren, von denen übrigens 3 mit dem Rechtsschutz des **dbb nrw** ausgestattet sind, stellen - nicht zuletzt durch die Vorlagebeschlüsse - eine „**schallende Ohrfeige**“ für die **NRW-Landesregierung** dar. Da mutet es schon fast als „Arroganz der Macht“ an, wenn für die Tarifbeschäftigten nunmehr ab 1. Januar 2008 monatlich 2,9 v.H. mehr gezahlt werden, aber für die Beamten der Zahlungsbeginn auf den 1. Juli 2008 hinausgeschoben wird. Dies bedeutet für das laufende Jahr praktisch die Halbierung des Steigerungssatzes. Die **Preissteigerungsrate** von 2,7 v.H. in 2007 trifft hingegen die Beamten und Arbeitnehmer gleichermaßen. In den letzten vier Jahren betrug sie übrigens 8 (acht) v.H. **Allein hierdurch ist der Netto-Lohn um 5 v.H. geringer als 2004. Hinzu kommen für die Beamten die nicht unbeträchtlichen negativen Auswirkungen auf deren Einkommen durch Einschnitte bei den Beihilfen, Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der weihnachtlichen Sonderzahlung pp.. Dass die Versorgungsempfänger obendrein - zuletzt durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 - weitere finanzielle Einbußen zu erleiden haben, wen interessiert das noch?**

Dieser durch die Landesregierung vorgenommenen „Besch(n)eidung“ ihrer Beamten steht nunmehr eine mit allem Nachdruck seitens der **dbb tarifunion** und **ver.di** bundesweit im Rahmen von Tarifverhandlungen erhobene **Einkommensforderung von 8 v.H., mindes-**

tens aber 200 Euro monatlich, gegenüber, die letztendlich auch auf die Tarifgestaltung und Besoldung in NRW durchschlagen soll. Keineswegs eine überspitzte Forderung, wenn man bedenkt, dass sich die Bundestagsabgeordneten gerade 9,4 v.H. für die nächsten zwei Jahre „verordnet“ haben.

Die Forderungen der Arbeitnehmerseite liegen auf dem Tisch

Das ausgerechnet der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, **Dr. Norbert Röttgen**, am Zustandekommen der Erhöhung der Abgeordnetenbezüge maßgeblich beteiligt, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Maßhalten auffordert, mutet da fast schon zynisch an. Nicht nur, dass er durch den **dbb**-Vorsitzenden **Peter Heesen** nachdrücklich zum Schweigen aufgefordert wurde, auch die Mehrheit der Deutschen, nämlich 59 v. H., so berichtete kürzlich die ARD, halten die von beiden großen Gewerkschaf-

ten des öffentlichen Dienstes erhoben Forderung für durchaus angemessen und moderat.

Zum Auftakt der 49. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des **dbb** am 7. Januar 2008 in Köln unterstrich **dbb**-Chef **Peter Heesen** erneut die Position der **dbb tarifunion**, die wenige Tage darauf zum Gegenstand der aufgenommenen Tarifverhandlungen in Potsdam geworden ist. Sogar Bundesinnenminister **Dr. Wolfgang Schäuble**, Gast bei der **dbb-Veranstaltung in Köln**, sicherte „**Augenmaß**“ der Arbeitgeber in der **Einkommensrunde 2008 zu**. **NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers**, ebenfalls Gast der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des **dbb**, räumte ein, dass der öffentliche Dienst – und hier im besonderen Maße die Beamten – im Rahmen der Haushaltssanierung in NRW „keine geringe Last“ zu tragen hätten.

Praktisch als Bonbon sicherte er zu, dass die einkommensmäßige Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern und

Beamten im Jahr 2009 nicht fortgesetzt werde. Immerhin eine erste Einsicht, der hoffentlich und alsbald weitere vernünftige Erkenntnisse des „Landesvaters“ zur Verbesserung der Lage der Kolleginnen und Kollegen folgen werden. Fast im Gleichklang erklärte sein niedersächsischer Amtskollege **Christian Wulf** noch in der Wahlnacht in Hannover, dass den Beamten große Opfer zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung abverlangt worden seien.

Es bleibt zu hoffen, dass es sich bei diesen Statements nicht um eine Beschwichtigungsstrategie, sondern um ernst gemeinte Signale für die Lernfähigkeit von Politikern gehandelt hat.

Vielleicht ist dann auch mein Freund Günter aus Essen wieder bereit, sich seiner staatsbürgerlichen Verpflichtung zu stellen und seine Stimme bei der Landtagswahl 2010 abzugeben. Er hat es mir jedoch für den Fall versprochen, dass die Politik ihren Ankündigungen nun auch Taten folgen lässt.

Gibt es ein Gewaltproblem in unserer Gesellschaft?

U-Bahn München, Endstation Arbellapark, zwei junge Ausländer rennen hinter einer hageren Gestalt in blauem Anorak her, die einen Rucksack über der Schulter trägt. Nach wenigen Schritten holen sie die Person ein. Einer der Jugendlichen schlägt ihr von hinten auf den Kopf, die Person stolpert, fällt zu Boden. Die beiden Jugendlichen entreißen ihr den Rucksack, schlagen zu, springen auf den Körper des Wehrlosen, einer nimmt Anlauf und tritt mit dem Fuß gegen den Kopf seines Opfers. Dann rennen die beiden Täter weg. Das Video, aufgezeichnet von einer Überwachungskamera, geht durch die Medien. Das Opfer, ein pensionierter Schuldirektor, überlebt mit schwersten Verletzungen.

Was war Ursache dieser brutalen Entgleisung? Der alte Herr hatte die beiden Jugendlichen gebeten, das Rauchen in der U-Bahn einzustellen. Sie beschimpfen ihn daraufhin in gebrochenem Deutsch als „Scheißdeutscher“, blasen ihm den Zigarettenrauch ins Gesicht und bespucken ihn. Keiner der Fahrgäste greift ein. Der Pensionär steht auf und begibt weiter nach vorne zum Ausgang. Als er an der Endstation aussteigt, folgten ihm die beiden Jugendlichen bis ins Zwischengeschoss der Station. Dort ereignete sich dann der beschriebene Gewaltexzess.

Für den Politprofi, Populisten und Wahlkämpfer **Roland Koch**, dessen linksoziale Konkurrentin **Andrea Ypsilanti** in der Wählergunst gerade aufholte, war dies scheinbar ein Geschenk des Himmels. Er griff dankbar nach dem Thema „Gewalttäter“, rief nach strengeren Gesetzen und zwang der gesamten **CDU** das Thema auf. Ob man wollte oder nicht, man musste Position beziehen bis hinauf nach ganz oben zu unserer „strahlenden“ Bundeskanzlerin.

Was ist dran an dem Thema? Jetzt, da der Wahlkampf beendet ist und die Kontrahenten ihre Wunden lecken, kann das Pro-

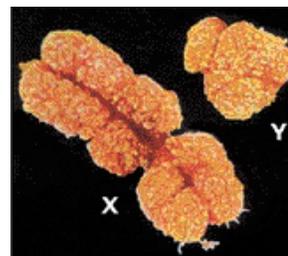


blem mit etwas mehr Nüchternheit und Sachlichkeit diskutiert werden. Gibt es über Wahlkampfpaparen und Stammtischdiskussionen hinaus tatsächlich ein Problem in unserer Gesellschaft mit der Gewalttätigkeit von Jugendlichen? Und, man traut es sich

kaum zu schreiben, gibt es ein Problem mit der Gewalttätigkeit von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund? Selbst Kriminologen geben inzwischen zähneknirschend zu, dass es eine Zunahme von Gewaltdelinquenz bei Jugendlichen gibt, nachdem sie jahrelang die Nation beschwichtigend hinter Licht geführt haben, indem sie gebetsmühlenartig wiederholten, der Anstieg sei vorrangig ein statistisches Phänomen, das seine Ursache in der erhöhten Anzeigebereitschaft finde. Zehn Jahre ansteigende Anzeigebereitschaft klingt schon sehr nach „des Kaisers neue Kleider“. Der Anstieg der Gewaltkriminalität bei 18 bis 20jährigen von 1994 (also 5 Jahre nach der Wende) bis 2006 beträgt laut polizeilicher Kriminal-

statistik rund (!) 84 Prozent. Dies allein mit einer erhöhten Anzeigebereitschaft erklären zu wollen, wäre doch ziemlich abenteuerlich.

Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gewaltkriminalität beläuft sich auf 24,8 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von 8,8 Prozent. Diese Zahlen stammen nicht aus irgendwelchen rechtslastigen Quellen. Sie wurden durch das Politmagazin „Der Spiegel“ in der Nr. 2/2008 veröffentlicht. Hat

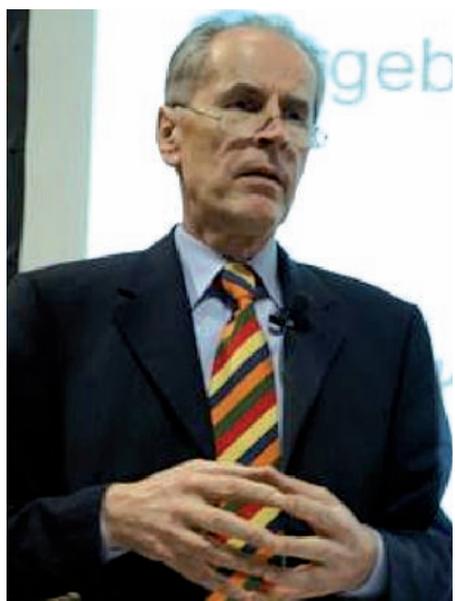


X- und Y-Chromosom

Gewaltanwendung also doch etwas mit unseren Genen zu tun? Bewirkt das Ypsilon-Chromosom, diese kleine Erb-Panne im Genom männlicher Lebewesen, das ihre Träger auf Artgenossen einprägen, das Gaspedal als verlängerten Bizeps missbrauchen und ständig nach geeigneten Objekten zum Abbau ihrer Aggressionsstaus Ausschau halten, immer in wechselseitiger Konkurrenz um die begehrten Weibchen? Ein Zusammenhang lässt sich wohl nicht einmal mehr von „Alt-68ern“ und Feministen leugnen. Aber ein Chromosom allein erklärt nicht, warum ein geringer Teil der

Jugendlichen gewalttätig wird, während die überwältigende Mehrheit weitgehend unauffällig bleibt. Weitere Faktoren wie Elternhaus, Bildungsmangel und soziale Unterprivilegierung sind hier in Betracht zu ziehen.

Genauso wie bei der Erklärung der Ursachen von Jugendgewalt erweisen sich die Kriminologen bei den Vorschlägen zu ihrer Behandlung maßlos überfordert. Natürlich lehnen sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts ab und äußern sich mit Recht skeptisch in Bezug auf den hektischen Aktionismus der Politik in Form von Vorschlägen über Jugendcamps, Heraufsetzung des Strafrahmens bei Jugendli-



chen, Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit, Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts für Heranwachsende, Sicherungsverwahrung für jugendliche Straftäter, Warnschussarrest usw. usw.. Aber auch ihre Rezepte zeugen von allgemeiner Ratlosigkeit.
Der Vorzeigekriminologe **Christian Pfeiffer** (Foto), der im „Spiegel“ allen Ernstes vorschlägt, der Staat müsse mehr in die Familien eingreifen, propagiert damit den Einstieg in eine überwiegend staatliche Erziehung unserer Kinder. Laut **Pfeiffer** soll der Staat Vorsorge treffen, damit die Kinder mit Migrationshintergrund die gleichen Bildungschancen erhalten, wie die Kinder deutscher Eltern. Um dieses Ziel zu erreichen, sei auch der zwangsweise Besuch von Ganztagschulen sinnvoll. Bereits im Kinderhort sei die integrierende Hand des Staates unverzichtbar. Ausländerkinder, hat Kriminologe **Pfeiffer** festgestellt, haben durchweg schlechtere Startbedingungen als ihre deutschen Altersgenossen. Das beginne bereits im Kindergarten. „In Stadtteilen, in denen viele Migranten leben, kommen kaum noch deutsche Kinder in die Krippe“. Zwecks Sprachförderung propagiert **Pfeiffer** einen revolutionären (!) Plan: In Großstädten sollen 25 Prozent der Kindergartenplätze grundsätzlich für Ausländerkinder reserviert werden. Die müssten dann per Bus in Stadtteile gefahren werden, wo kaum Migranten leben. Deutsche Kinder aus diesen Stadtteilen müssten dagegen die Kindergärten von Problembezirken besuchen. Um Ausländerkindern gleiche Bildungschancen zu eröffnen, plädiert **Pfeiffer** auch für flächendeckende Ganztagschulen, und zwar von der Grundschule bis zum Gymnasium. Das Erziehungsideal sozialistischer Provenienz lässt grüßen. Man fragt sich nur, ob **Herr Pfeiffer**, selbst Vater von inzwischen volljährigen Kindern, ein solches Erziehungsmodell auch für seinen eigenen Nachwuchs favorisiert hätte?

Die Spitze der linksintellektuellen Ignoranz und Arroganz präsentierte uns jedoch der Ressortleiter des Feuilletons „Die Zeit“, **Jens Jessen**. Von ihm geistert ein Video durchs Netz, anzusehen auf der Szene-Website *You Tube* unter <http://www.youtube.com/watch?v=IXhLadPFROs>, von dem man kaum glauben mag,



Jens Jessen

dass es sich um ein Original handelt. Darin versteigt **Jessen** sich zu folgender These:

„Man fragt sich doch, ob

dieser Rentner, der sich das Rauchen in der Münchener U-Bahn verboten hat, und damit den Auslöser gegeben hat zu einer zweifellos nicht entschuldigbaren Tat, in einer Kette von Gängelungen, Ermahnungen und blöden Anquatschungen zu sehen ist, die der Ausländer, und namentlich der Jugendliche hier ständig zu erleiden hat. Und nicht nur der Ausländer. Letztlich zeigt der deutsche Spieß, um das böse Wort mal zu gebrauchen, doch überall sein fürchterliches Gesicht. (...)

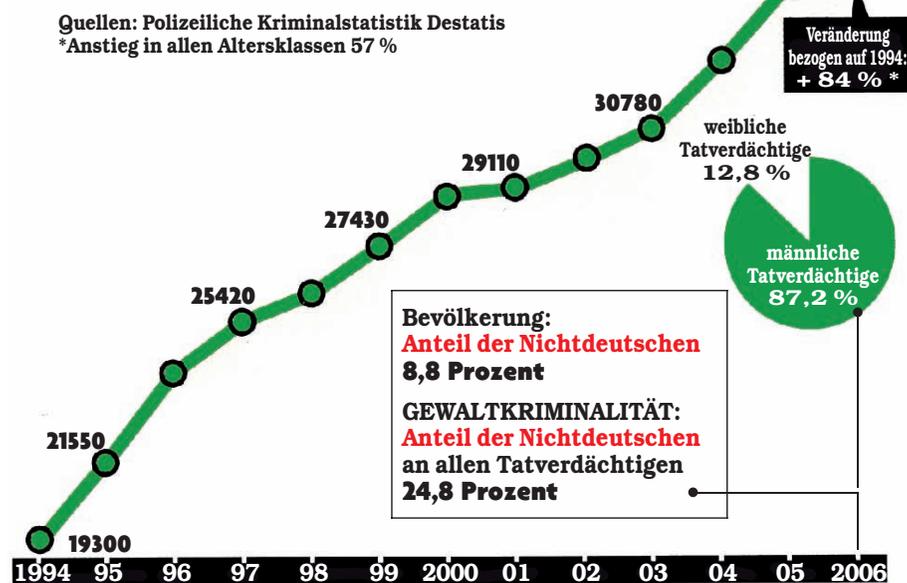
Das ist die Atmosphäre der Intoleranz, vor deren Hintergrund man Gewalttaten spontaner Natur beachten muss. Aber das ist noch nicht die Pointe. (...)

Ich würde dagegen dann tatsächlich auch gern einmal die Frage stellen, ob es nicht auch zuviel besserwisserische deutsche Rentner gibt, die den Ausländern hier das Leben zur Hölle machen. Und vielen andern Deutschen auch. Mit andern Worten: Ich glaube, die deutsche Gesellschaft hat nicht so sehr ein Problem mit ausländischer Kriminalität, sondern mit einheimischer Intoleranz.“

Wir wussten es ja schon immer: Wenn du, Rentner, dein Maul nicht so weit aufgerissen hättest, dann hättest du nicht so schnell eins draufbekommen. Aber Ironie beiseite: Auch nach der Hessen-Wahl bleibt die Jugendgewalt ein aktuelles Thema.

Die Gesellschaft wird nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können, sondern sich mit den Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung befassen müssen. Dabei wird auch der Migrationshintergrund vieler jugendlicher Gewalttäter zu thematisieren sein. Sicher ist allerdings jetzt bereits, dass wir es mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun haben, dass nicht einfach auf die Jugendhilfe und den Strafvollzug abgeschoben werden darf. Was wir dringend benötigen, ist eine Erziehungsoffensive zur Behebung der bereits eingetretenen Fehlentwicklungen. Darüber hinaus gilt es, die jetzt 13- und 14-jährigen Mädchen mit Migrationshintergrund als wichtigste Präventionsgruppe in den Blick zu nehmen. Nur wenn wir diese künftigen Mütter befähigen, die tragenden Werte unserer Gesellschaft an ihre Nachkommen zu vermitteln, werden wir weitere Fehlentwicklungen mit ihren negativen Folgen sowohl für das gesellschaftliche Zusammenleben als auch für die Innere Sicherheit vermeiden können. Die Politik ist dringend aufgefordert, zu handeln bevor das Problem unbeherrschbar wird. Allein die Beendigung der Wahlkämpfe in Hessen und Niedersachsen wird die zunehmende Jugendgewalt nicht beseitigen.

Theodor Wiczorek



Sind Erziehungscamps der Stein der Weisen?

Seit im hessischen Landtagswahlkampf das Thema „Innere Sicherheit“ öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen und beträchtliche Emotionen freigesetzt hat, wird die Forderung von Ministerpräsident Roland Koch nach Einrichtung von Erziehungscamps kontrovers diskutiert. Vorgeworfen wird ihm von seinen Gegnern Populismus und politischer Opportunismus. Diese Kritiker greifen, auch wenn die Heftigkeit der politischen Auseinandersetzung sicherlich der heißen Phase des Wahlkampfes geschuldet war, nach Ansicht des BSBD deutlich zu kurz. Denn das zugrunde liegende Problem der erhöhten Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden lässt sich weder übersehen noch durch Ignoranz einer Lösung zuführen. Von daher ist die Gesellschaft gut beraten, sich diesem Thema mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und dem politischen Willen zu Veränderungen zu widmen.

Weil „Erziehungscamps“ in der politischen Diskussion vielfach mit einer „Law-and-Order-Rhetorik“ verlangt und vertreten werden, erweckt diese Forderung bei vielen Kritikern Assoziationen mit „Bootcamps“ amerikanischer Prägung, wo es mehr um das Brechen der Persönlichkeit des Delinquenten als um die Aufarbeitung aufgetretener Verhaltens- und Wissensdefizite geht. Dabei sollen die jetzt geforderten Einrichtungen den betroffenen Jugendlichen im Rahmen fester Grenzen eher Hilfe und Unterstützung bieten, um sie zu einem Verhalten zu erziehen, das sowohl gesellschaftliche Regeln als auch die Rechte anderer achtet.

Sowohl Bundesjustizministerin **Brigitte Zypries (SPD)** als auch die nordrhein-westfälische Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU)** haben sich deshalb grundsätzlich für die Einrichtung solcher pädagogisch ausgestalteter Erziehungscamps ausgesprochen. Der **BSBD** warnt hingegen davor, in dieser Maßnahme ein Allheilmittel gegen die Gewaltbereitschaft junger Straftäter zu sehen. In Düsseldorf erklärte Gewerkschafts-Chef **Klaus Jäkel**: „Erziehungscamps können allenfalls ein weiterer ‚Pfeil im Köcher‘ der Jugendhilfemaßnahmen sein, um die Reaktionsmöglichkeiten des Staates auf gewalttätiges Verhalten Jugendlicher zu ergänzen. Für sich allein genommen werden diese Einrichtungen das Gewaltphänomen allerdings nicht beseitigen können!“

Wertevermittlung muss in der Familie beginnen

Nach Einschätzung des **BSBD** muss auf die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden deutlich früher und vorrangig präventiv reagiert werden. Was unsere Gesellschaft braucht, ist eine Erziehungsoffensive, die junge Eltern befähigt, ihren Kindern die Werteentscheidungen des Grundgesetzes überzeugend zu vermitteln. Daneben muss Erziehung als institutionalisierter Auftrag an alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aufgefasst werden. Der Staat hat dieser Aufgabe künftig Priorität einzuräumen und sie mit größeren finanziellen und personellen Mitteln wahrzunehmen. Die Stärkung der Erziehung der Kinder ist eine gesellschaftliche Zukunftsinvestition. Im Rahmen eines solchen Verbund-

systems ließen sich nach Einschätzung der **Gewerkschaft Strafvollzug** Erziehungsdefizite frühzeitig erkennen und beheben oder gar ganz vermeiden.

Erziehungscamps spielen im Hinblick auf die Bearbeitung des Gesamtproblems eine eher untergeordnete Rolle, weil sie nur für eine relativ geringe Zahl der Jugendlichen eine praktische Bedeutung und Relevanz aufweisen dürften. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Gewaltbereitschaft junger Menschen ist in den Medien in diesem Zusammenhang wiederholt das Versagen des Jugendstrafvollzuges beklagt worden. Als Argument wurde gebetsmühlenartig auf dessen 80prozentiges Rückfallrisiko verwiesen.

Jugendstrafvollzug ist wirksamer als Kritiker behaupten!

Dieser Einschätzung ist **BSBD-Chef Klaus Jäkel** nachdrücklich entgegen getreten. In Düsseldorf erklärte er: „Um die Wirkungen des Jugendstrafvollzuges richtig einschätzen zu können, muss man sich klar machen, um welche Personengruppe es sich handelt, und welche Institutionen sich im



BSBD-Chef Klaus Jäkel hält Erziehungscamps für kein Allheilmittel und den Jugendvollzug für bemerkenswert erfolgreich.



Hessens Ministerpräsident Roland Koch setzte im Wahlkampf ganz auf das Thema Innere Sicherheit. Er empfahl Erziehungscamps als staatliche Reaktion auf die Gewaltbereitschaft junger Ausländer. Die heiß umworbenen Wählerinnen und Wähler reagierten wohl auch wegen des orkanartigen medialen Gegenwindes irritiert, was dem amtierenden Regierungschef ein erhebliches „Glaubwürdigkeitsproblem“ bescherte.

Vorfeld des Jugendvollzuges bereits erfolglos um die Erziehung dieser jungen Straftäter bemüht haben. Denn bevor für junge Delinquenten der stationäre Jugendstrafvollzug Realität wird, haben die Familie, die Schule und Erziehungsmaßnahmen der Jugendhilfe ebenso wenig eine Verhaltensänderung bewirkt, wie Geld- oder Bewährungsstrafen. In den Jugendvollzug gelangen somit nur solche jungen Menschen, **bei denen anderen Methoden der Verhaltensbeeinflussung zu 100 Prozent versagt(!) haben.**“

Zutreffend ist, dass junge Straftäter nach der letzten bundesweit erhobenen Rückfallstatistik in einem Zeitraum von vier Jahren zu 77,8 Prozent rückfällig geworden sind, wenn man jede Form staatlicher Folgereaktionen berücksichtigt. Fragt man hingegen, zu welchem Prozentsatz diese Population wieder dem Strafvollzug zugeführt werden muss, dann sehen die Verhältnisse im Hinblick auf die Wirksamkeit des Jugendstrafvollzuges wesentlich günstiger aus. So lässt sich lediglich für 45,1(!) Prozent der jungen Straftäter eine nochmalige stationäre Unterbringung im Strafvollzug nicht vermeiden.

Und damit erhebt sich die nur zu berechnete Frage: Ist der Jugendstrafvollzug wirklich derart wirkungslos, wie seine Kritiker glauben machen wollen? Oder ist es nicht vielmehr ein Erfolg, wenn 54,9 Prozent jener Täter, bei denen alle anderen Erziehungsmittel wirkungslos verpufft sind, nicht wieder in den Strafvollzug zurückkehren müssen? Für Vollzugspraktiker ist

jedenfalls klar, dass auch eine Veränderung der Intensität kriminellen Verhaltens einen Erziehungserfolg darstellt. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn ein Räuber nicht mehr einschlägig straffällig wird, aber trotzdem in der Rückfallstatistik als Versagensfall gezählt wird, weil er eine Geldstrafe wegen „Schwarzfahrens“ erhalten hat.

Für die Angehörigen des Strafvollzuges zählt daher nur die Rückkehr in den Strafvollzug als Versagensfall, weil bei allen anderen Fällen eine positive Wirkung des Jugendvollzuges nachweisbar ist. **Wenn man nun den Blick darauf richtet, dass der Jugendvollzug in rd. 55 Prozent aller Fälle das kriminelle Verhalten der jungen Straftäter nachhaltig positiv beeinflusst und dauerhaft verändert, dann erbringt der Jugendstrafvollzug eine bemerkenswerte gesellschaftliche Leistung!**

BSBD fordert abgestimmtes Konzept der Förderung und Erziehung

Vergangenheit und Gegenwart sind stark vom Werteverlust geprägt. Politiker haben an Überzeugungskraft eingebüßt, Polizeibeamte klagen über mangelnden Respekt, Schule wird kaum noch als staatliches Organ, sondern überwiegend als Dienstleistungsbetrieb erfahren. Da darf es nicht verwundern, dass sich allenthalben Werte- und Autoritätsverlust mit ihren unübersehbar negativen Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben bemerkbar machen. **Klaus Jäkel** forderte die Politik deshalb dazu auf, der zunehmenden „Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und Heranwachsenden mit einem abgestimmten Konzept der Förderung und Erziehung zu begegnen“.

Diese Hilfen, so der Gewerkschafter, müssten einsetzen, sobald Defizite und Fehlentwicklungen sichtbar würden und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen sei.

Werben Sie neue Mitglieder für den BSBD

Gesetzliche Neuregelungen 2008

Bundestag und Landesparlamente haben gegen Ende des Jahres 2007 die „Schlagzahl“ nochmals erhöht und uns mit zahlreichen Neuregelungen „beglückt“. Das Jahr 2008 bringt daher eine Flut von Neuerungen. Dazu gehören Rauchverbote in den Gaststätten in neun weiteren Bundesländern und Fahrverbote für Autos ohne Abgasreinigung in Berlin, Hannover und Köln. Nicht alles konnte jedoch termingerecht über die „Gesetzgebungsbühne“ gebracht werden, sodass bei der Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere, der Anhebung des Wehrsoldes und der Reform der Erbschaftsteuer noch Beratungsbedarf bei den Parlamentariern besteht.

Hier nun die wichtigsten Änderungen:

ARBEITSLSENVERSICHERUNG: Der Beitragssatz wird mit dem Jahreswechsel von derzeit 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt. Durchschnittsverdiener werden dadurch um rund 400 Euro im Jahr entlastet. Möglich wird die Beitragssenkung durch den konjunkturellen Aufschwung, der die Zahl der Arbeitslosen verringert und zu einer Entlastung der Bundesagentur für Arbeit geführt hat.

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG: Bereits ab Jahresbeginn erhalten Bafög-Geförderte mit eigenem Kind einen Familienzuschlag. Ab Oktober steigen dann die Bafög-Sätze um zehn Prozent von maximal 481 auf 521 Euro. Auch der Elternfreibetrag erhöht sich um acht Prozent von 1.440 Euro auf 1.555 Euro.

BEITRAGSBEMESSUNGSGRENZEN: Ab Januar wird bei den meisten Arbeitnehmern vom Bruttolohn etwas mehr für Renten- und Krankenversicherung abgezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze steigt für die Rentenversicherung im Westen von 5.250 auf 5.300 Euro und für die Krankenversicherung bundesweit von 3.562,50 auf 3.600 Euro. Nur die Bemessungsgrenze für die Rentenbeiträge im Osten sinkt etwas, von 4.550 auf 4.500 Euro im Monat.

DIÄTENERHÖHUNG: Die Diäten für Bundestagsabgeordnete werden um insgesamt um 9,4 Prozent erhöht. Zum 1. Januar 2008 steigen die Bezüge um 330 Euro auf 7.339 Euro und zum 1. Januar 2009 um 329 Euro auf 7.668 Euro im Monat. Zusätzlich erhalten die Abgeordneten weiter eine steuerfreie Kostenpauschale von 3.720 Euro monatlich.

EHRENAMTLICHE: Rückwirkend für 2007 können ehrenamtlich Tätige eine Vergütung von jährlich insgesamt 500 Euro steuerfrei erhalten. Auch für Übungsleiter wurde der Freibetrag erhöht. Ab 2008 ist eine steuerfreie Vergütung auch von Sozialabgaben befreit.

GESUNDHEIT: Wer chronisch erkrankt und deshalb bei den Zuzahlungen von der halbierten Belastungsgrenze (ein statt zwei Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens) profitieren will, muss künftig nachweisen, dass er sich vor der Erkrankung über Vorsorgeuntersuchungen zumindest hat beraten lassen. Die Regelung ist zu-

nächst auf Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Brustkrebs, Darmkrebs und Gebärmutterhalskrebs beschränkt.

KINDERZUSCHLAG: Ab 2008 wird der Kinderzuschlag unbefristet gezahlt. Den Zuschlag erhalten Eltern, die mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Er beträgt maximal 140 Euro im Monat.

MITTELSTANDESENTLASTUNG: Rund 7.100 Existenzgründer werden in den ersten drei Jahren von statistischen Meldepflichten befreit. Sie sparen damit Bürokratiekosten von rund 1,2 Millionen Euro. Für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2007 enden, gilt eine vereinfachte steuerliche Buchführungspflicht: Die Gewinnschwelle für die Bilanzierungspflicht wurde von 30.000 auf 50.000 Euro angehoben.

PERSÖNLICHES BUDGET: Menschen mit Behinderungen haben ab dem neuen Jahr einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget. Damit können sie statt der üblichen Sachleistungen Geld oder Gutscheine zur Finanzierung der erforderlichen Hilfen beziehen und sich nach eigenen Vorstellungen das notwendige Leistungspaket zusammenstellen. Bislang waren solche Budgets noch Ermessensleistung.

POST-MINDESTLOHN: Die Briefdienstleister werden ins Entsendegesetz aufgenommen. Nach der Liberalisierung des EU-Briefmarktes am 1. Januar beträgt der Mindestlohn für Zusteller im Osten 9,00 und im Westen 9,80 Euro pro Stunde. Inzwischen hat der Arbeitgeberverband „Neue Brief- und Zustelldienste“, dem auch PIN und TNT angehören, einen eigenen Mindestlohn von 6,50 Euro im Osten und 7,50 Euro im Westen beantragt.

PREISE: – Viele Strom- und Gasversorger wollen zum Jahresbeginn ihre Preise erhöhen. Allerdings sind die Konzerne ab 1. Januar verpflichtet, dem Kartellamt in Zweifelsfällen nachzuweisen, dass ihre Preise gerechtfertigt sind. – Künftig dürfen grundsätzlich keine Lebensmittel mehr unter dem Einstandspreis verkauft werden – dem Herstellerpreis abzüglich Rabatte und Vergünstigungen.

RAUCHVERBOT: Mit dem Jahreswechsel tritt in neun weiteren Bundesländern ein

Rauchverbot in Gaststätten in Kraft. Vorreiter waren Baden-Württemberg und Niedersachsen (beide 1. August 2007) sowie Hessen (1. Oktober 2007). Erst im Laufe des Jahres werden Sachsen (1. Februar), Rheinland-Pfalz (15. Februar), Nordrhein-Westfalen und Thüringen (beide 1. Juli) nachziehen.

TELEFONÜBERWACHUNG: Bei heimlichen Überwachungen und Ermittlungsmaßnahmen müssen die Betroffenen grundsätzlich im Nachhinein unterrichtet werden. Außerdem gilt ein Erhebungs- und Verwertungsverbot für Inhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung. Geändert wurde der Katalog der Straftaten, die Anlass für Überwachung sein können. So können künftig Telefone beispielsweise zur Aufklärung von Korruption oder Menschenhandel überwacht werden.

UMWELTZONEN: Fahrzeuge ohne Abgasreinigung dürfen in Berlin, Köln und Hannover nicht mehr in die Innenstädte. Als erste in Deutschland machen die drei Städte Ernst mit Fahrverboten. Ab 1. Januar dürfen nur noch Fahrzeuge mit grüner, gelber oder roter Umweltplakette mitten in die Städte fahren – ohne zeitliche Einschränkungen und unabhängig von der aktuellen Luftbelastung.

UNTERHALTSRECHT: Kinder haben beim Unterhaltsgeld Vorrang vor allen anderen Anspruchsberechtigten. Bislang mussten sie sich den ersten Rang mit geschiedenen und aktuellen Ehegatten teilen. Darüber hinaus haben alle Väter und Mütter, die ihr Kind betreuen, für mindestens drei Jahre Anspruch auf Betreuungsunterhalt – unabhängig davon, ob sie verheiratet waren oder nicht. Der Kindesunterhalt steigt um zwei Euro pro Monat an. Die westdeutschen Sätze gelten künftig auch im Osten.

UNTERNEHMENSSTEUER: Ab Januar 2008 sinkt die Steuerlast der Kapitalgesellschaften in Deutschland von knapp 39 Prozent auf unter 30 Prozent. Im Gegenzug werden legale Möglichkeiten der Steuerumgehung beseitigt. Die Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge und Gewinne aus Wertpapiergeschäften wird aber erst 2009 eingeführt.

URHEBERRECHT: Digitale Kopien eines urheberrechtlich geschützten Werks bleiben möglich. Verboten ist künftig aber, eine offensichtlich rechtswidrige Vorlage zu kopieren, etwa aus illegalen Tauschbörsen. Für Privatkopien ist eine Kompensation der Einnahmeausfälle nötig, die den Urhebern dadurch entstehen.

VORRATSDATENSPEICHERUNG: Daten müssen künftig sechs Monate lang bei den Telekommunikationsunternehmen gespeichert werden. Zugriff darauf haben nach einem richterlichen Beschluss Polizei und Staatsanwaltschaft. Das Gesetz soll laut EU-Recht ausschließlich der Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität dienen

Glosse

Tach auch

*Justus
V. Anonymus*



Na, wie is et? Hasse dir dat Rauchen schon abgewöhnt? Seit Januar hammer ja jetzt dat totale Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen, in Jebäuden und sonstigen vollständig umschlossenen Räumen, also auch in unsere JotVauA. Dat Rauchen is nach Maßjabe von dieset

Jesetz in den Einrichtungen nach Paragraph 2 Nummer eins

bis sex verboten. Für Erziehungs- und Bildungseinrichtungen jilt dat Rauchverbot sojar auf dem gesamten Grundstück im Zusammenhang mit einrichtungsbezogenen Veranstaltungen. Jetz bin ich mir ein bisschen unsicher, ob wir auch eine Erziehungs- oder Bildungseinrichtung sind. Aber ich jlaub eher nich.

Abweichend is übrijens in Justizvollzugsanstalten das Rauchen in den Hafräumen jestattet. Dat fördert den Behandlungsjedanken im Vollzuch. Seit Anfang des Jahre sieht man Vollzuchsbeamte auffällig häufig mit Jefangenen im Hafraum über Resozialisierung sprechen, un wenn ein Jefangener übern Hoff jebracht werden soll, dann sieht man die jetzt öfter in Bejleitung von mindestens zwei Bedienstete übern Hoff schlendern. Wenn man sich mal die Ausnah-

men ansieht, dann kommen einem interessante Jedanken in den Sinn: Rauchverbote gelten nicht in für nur vorübergehende Zwecke aufgestellten Festzelten sowie bei im Allgemeinen regelmäßig wiederkehrenden, zeitlich begrenzten Veranstaltungen, soweit es sich um im Brauchtum verankerte regional typische Feste handelt. Dat eröffnet unjeahnte Möchlichkeiten. Mann sollte vielleicht immer ein kleines Festzelt in der Aktentasche haben. Brauchtumsförderung als Behandlungsmaßnahme könnte ebenfalls janz neue Horizonte aufzejen.

Ausgenommen sind auch Räumlichkeiten von Vereinen und Jellschaften, deren ausschließlicher Zweck der gemeinschaftliche Konsum von Tabakwaren ist. Ich könnte mir vorstellen, dat die Vereine zur Förderung des jemeinschaftlichen Tabackjenuesses in Vollzuchseinrichtungen des Landes EnErWe EeVau wie Pilze aus dem Boden schießen. So jetzt jeh ich mal außen Balkong mir eine Ziche durch de Lunge ziehen, auch wenn et im Moment lausich kalt da draußen is. Macht et joot bis demnächst,

Euer Justus V. Anonymus

Blauer Dunst



Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. März

Tarifrunde 2008 mit Bund und Kommunen:

Angebot der Arbeitgeber ist die reine Provokation

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben hohe Erwartungen an die Einkommensrunde 2008. Die ersten Verhandlungsrunden waren allerdings sehr ernüchternd. Hatte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der beamtenpolitischen Tagung des dbb Anfang Januar 2008 noch Zuversicht im Hinblick auf einen schnellen und angemessenen Tarifaabschluss genährt, so sah seine Verhandlungsführung deutlich restriktiver aus. Augenscheinlich sind die öffentlichen Arbeitgeber nicht an einer schnellen Einigung interessiert. Erklärtes Ziel der Tarifgemeinschaft aus dbb tarifunion und ver.di ist eine Gehaltserhöhung, die diesen Namen auch tatsächlich verdient. Frank Stöhr, Vorsitzender der dbb tarifunion, machte gleich zu Beginn der Verhandlungen noch einmal deutlich, dass der öffentliche Dienst einen überproportional hohen Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte geleistet habe. Daher gelte es, im Rahmen der Tarifrunde einen entsprechenden finanziellen Ausgleich durchzusetzen.

Die Gewerkschaften hatten sich im Vorfeld der Verhandlungen auf eine gemeinsame Forderung verständigt. 8 Prozent Einkommensverbesserung, mindestens jedoch 200 Euro, sollten es nach Meinung von dbb und ver.di schon sein. Anders als bei früheren Tarifrunden hat jetzt auch die Öffentlichkeit Verständnis für die Forderung nach Gehaltserhöhung. Auch an den bundesdeutschen Stammtischen scheint es sich herumgesprochen zu haben, dass es mit den vermeintlichen Privilegien im Öffentlichen Dienst nicht so weit her ist.

Die Rahmenbedingungen

Als sich die Gewerkschaften darauf verständigten, einen Einkommenszuwachs von 8 Prozent für die Tarifrunde 2008 zu fordern, gestalteten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überaus positiv. Ein robustes Wirtschaftswachstum, deutliche Produktivitätssteigerungen und erhebliche Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen waren ein nahezu optimaler Nährboden für die gewerkschaftliche Forderung. Kaum hatten die Tarifverhandlungen begonnen, da trübten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen ein. Die Aktienmärkte gingen auf Talfahrt, Angst vor den finanziellen Risiken der amerikanischen Bankenkrise und vermehrte Besorgnis vor einer wirtschaftlichen Rezession machten die Runde. Damit haben sich

die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Die Arbeitgeberseite sieht hierin die Chance, die Forderungen der Gewerkschaften zu drücken. Schließlich hat die Bundesregierung als Konsequenz aus dieser Entwicklung die Wachstumserwartung für 2008 auf 1,7 Prozent gesenkt.

Interessant und für die Verhandlungen nicht völlig unerheblich ist die Einschätzung des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück (SPD). Der Minister ist bei der Aufstellung des Haushalts 2008 von einer Einkommenssteigerung in Höhe von 4 Prozent bei Gehältern ausgegangen und hat entsprechend Vorsorge bei der Budgetbemessung getroffen. Insgesamt enthält der Bundesetat Personalausgaben in Höhe von 26,8 Milliarden Euro. Das sind gut 800 Millionen Euro oder gut drei Prozent mehr als im Vorjahr. Zusätzliches Spielraum eröffnet der Umstand, dass der Bund 0,9 Prozent der vorhandenen Planstellen abbaut. Damit werden die Haushaltsmittel auf weniger Bedienstete verteilt. Dies eröffnet Finanzminister Steinbrück einen Spielraum von 4 Prozent für Lohnerhöhungen.

Von den Tarifverhandlungen sind bei Bund und Kommunen eine Million Beschäftigte betroffen. Die Länder, die die Tarifgemeinschaft der öffentlichen Hand verlassen haben, werden eigene Tarifverhandlungen führen. Das Ergebnis der Verhandlungen mit Bund und Kommunen wird allerdings als Orientierungsgröße dienen. Deshalb sind die Kolleginnen und Kollegen auch in den Ländern gespannt, wie sich die Tarifrunde 2008 entwickelt.

Steinbrück hat auf jeden Fall das Ende der Bescheidenheit ausgerufen. Nach Jahren der Bescheidenheit des Öffentlichen Dienstes setzt er sich auch in seiner



Dr. Wolfgang Schäuble, Verhandlungsführer der Arbeitgeber, rechnet Angebot auf 5 Prozent hoch. Die mathematischen Regeln, die ein solches Ergebnis ermöglichen, kennt er scheinbar nur ganz allein!

Partei für eine „produktivitätsorientierte Entlohnung“ ein. Steinbrück erwartet, dass die Lohnzuwächse vorrangig konsumtiv verwendet werden und so das Wirtschaftswachstum durch Steigerung der Binnennachfrage absichern.

Auch die im nächsten Jahr anstehenden Bundestagswahlen werden Auswirkungen auf das Tarifiergebnis haben. Von den Regierungsparteien ist jedenfalls keine scharf darauf, im Wahljahr Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst zu führen. Die Risiken für das Wahlergebnis könnten unkalkulierbar werden. Besonders problematisch würde sich ein möglicher Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst auswirken. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble wird daher nachdrücklich darauf drängen, einen Tarifvertrag mit zweijähriger Laufzeit abzuschließen. Gleichzeitig wird er den Versuch unternehmen, eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit durchzusetzen. Sein Ziel wird es sein, die Lohnzuwächse durch eine längere Arbeitszeit zu kompensieren. Durch in diesem Fall mögliche Reduzierungen der Personalstellen ließen sich für den Bund deutliche Rationalisierungsgewinne erzielen.

Das Angebot

In der zweiten Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber ein erstes Angebot vorgelegt, das diesen Namen aber gar nicht verdient. Es bleibt meilenweit hinter den eigenen Ankündigungen der Regierung zurück. Im Einzelnen sieht das Angebot vor, die Entgelte

- im Februar 2008 um 2,5 Prozent,
- im Oktober 2008 um 1,5 Prozent, davon 0,5 Prozent als Leistungsbezahlung, und
- im März 2009 um 1 Prozent, davon 0,5 Prozent als weiteren Ausbau der Leistungsbezahlung, zu erhöhen.

Diese Offerte wurde seitens der Arbeitgeber als ein 5-Prozent-Angebot vorgestellt und vermarktet. Es entpuppte sich jedoch schnell als „Mogelpackung“. Die Laufzeit von zwei Jahren relativierte das Angebot. Daneben will Schäuble auch noch eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit in zwei Schritten auf 40 Stunden durchsetzen. Der Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, zeigte sich enttäuscht und aufgebracht über diese Zumutung der Arbeitgeber. „Das, was die Arbeitgeber jetzt auf den Verhandlungstisch gelegt haben, ist ein „Placebo-Plus“ von 2,5 Prozent. Dies deckt nicht einmal die Preissteigerung. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverlängerung würde sich ein Einkommensminus von 3,75 Prozent ergeben“, erklärte Stöhr entrüstet über soviel Dreistigkeit der Arbeitgeberseite.

Vor dem Hintergrund der gerade erfolgten 9,4-prozentigen Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten, die im Parlament



Die Verhandlungsführer der Tarifvertragsparteien erläutern ihre Positionen am 10. Januar 2008 vor den Vertretern der Medien.



Die Tarifverhandlungen für Bund und Gemeinden sind vorentscheidend auch für die Verhandlungen in den Ländern. Der BSBD wird für die berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten streiten und kämpfen.

im Eiltempo „durchgewunken“ wurde, ist das Angebot für den Öffentlichen Dienst völlig unzureichend. Was die Abgeordneten für sich selbst als gerechtfertigt ansehen, dass werden sie den öffentlich Bediensteten nicht versagen können, ohne ihre moralische und politische Integrität zu riskieren.

Schließlich hat die Bundestagsverwaltung damit argumentiert, dass die Diäten seit 2003 nicht mehr erhöht worden seien. Damit ist die Situation der Abgeordneten mit der der öffentlich Bediensteten durchaus vergleichbar. In den zurückliegenden drei Jahren hat es keine lineare Erhöhung der Gehälter gegeben. Gleichzeitig betrug die Preissteigerungsrate in den letzten vier Jahren acht Prozent. Die Kaufkraft ist damit gegenüber 2004 um fünf Prozent gesunken. Gerade die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Lohngruppen haben unter dieser Entwicklung besonders zu leiden. Diese Entwicklung ist nach Ansicht der **dbb tarifunion** derart dramatisch, dass sich „taktische Spielereien“ verbieten, wenn einen die Lage der Betroffenen nicht gänzlich kalt lässt. Verhandlungsführer **Frank Stöhr** warnte die Arbeitgeber vor einer völlig falschen Einschätzung der Lage. „Wir sind entschlossen, unsere Forderung nach einer Gehaltserhöhung von 8 Prozent, mindestens jedoch 200 Euro im Monat, durchzusetzen. Wenn die Arbeitgeberseite durch Argumente nicht zu überzeugen ist, dann werden wir auch Arbeitskampfmaßnahmen ergreifen. Wir wissen unsere gewerkschaftliche Basis hinter uns. Jetzt ist ein kräftiger „Schluck aus der Pulle“ fällig, um die in den letzten Jahren eingetretenen Kaufkraftverluste auszugleichen!“, zeigt sich der Gewerkschafter kämpferisch.

In den Verhandlungen stehen die Zeichen auf Sturm. So sieht Innenminister **Wolfgang Schäuble** (CDU), der Verhandlungsführer des Bundes, seine Möglichkeiten mit dem jetzigen Angebot bereits ausgereizt. Folgerichtig sprach er vor der Presse in Potsdam von einem soliden Angebot und davon, dass die Ressourcen damit ausgeschöpft seien. Diese Einstellung lässt für die weiteren vereinbarten Verhandlungsrunden nichts Gutes ahnen. Die harschen Reaktionen der Gewerk-

schaften hält **Schäuble** für Theaterdonner und Tarifrital. Diese ignorante Einschätzung der Tarifrunde durch den Verhand-



Finanzminister Peer Steinbrück hat eine Gehaltserhöhung von 4 Prozent ins Personalbudget eingerechnet.

Heute schon gelacht?

Eine spezielle Frage brennt wohl allen Bürgerinnen und Bürgern der Republik unter den Nägeln. Wie ist eigentlich der Öffentliche Dienst im Allgemeinen und die kommunale Verwaltung im Besonderen entstanden? Durch eine Naturkatastrophe? Durch Zerteilung? Durch göttlichen Ratschluss? Durch eine Invasion Außerirdischer? Einen Hinweis finden wir in unserer Geschichte.

Zur Zeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation baut eine Stadt eine Brücke über den sie durchziehenden Fluss. Die Bürgerschaft ist der Auffassung, die Brücke müsse bewacht werden. Ein **Brückenwärter** wird eingestellt.

Der Wärter muss bezahlt werden. Ein **Finanzsachbearbeiter** wird verpflichtet. Zwei Personen müssen personalmäßig verwaltet werden. Ein **Personalverwalter** ist unverzichtbar.

Das Personal muss arbeitsmäßig organisiert werden. Ein **Organisationsverantwortlicher** und eine **Schreibkraft** werden eingestellt. Ein Personalkörper, bestehend aus fünf Personen, verlangt nach einer ver-

lungsführer der Arbeitgeber lässt das Schlimmste befürchten. Eines muss allen Kolleginnen und Kollegen klar sein: Wenn wir uns jetzt nicht durchsetzen, wird eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung in weite Ferne rücken. Angesichts der Höhe der Staatsverschuldung wird den öffentlich Bediensteten noch auf Jahrzehnte vorgehalten werden können, dass der Sanierung der Haushalte Priorität eingeräumt werden müsse. Deshalb ist jetzt Solidarität gefragt, damit die Tarifverhandlungen erfolgreich gestaltet werden können. Die Streikbereitschaft ist groß, weil bei den Einkommen mittlerweile eine Schmerzgrenze überschritten worden ist. Die Kolleginnen und Kollegen stehen mit dem Rücken zur Wand.

Der Bund wähnt sich derzeit noch in einer komfortablen Situation, weil er nur relativ wenige Arbeitnehmer beschäftigt. Die Gewerkschaften werden daher eine erfolgversprechende Strategie entwickeln müssen und vornehmlich die Kommunen ins Visier nehmen, die deutlich anfälliger für Arbeitskampfmaßnahmen sind. In dieser Tarifauseinandersetzung könnte sich die Zusammenarbeit der **dbb tarifunion** mit **ver.di** als effektiv erweisen, weil die Bündelung der Kräfte die gemeinsame Schlagkraft nachhaltig erhöhen dürfte. Auf jeden Fall steht uns eine harte Tarifauseinandersetzung ins Haus.

Die Arbeitgeberseite sollte sich über die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen nicht täuschen und sich vor Augen halten, dass im Falle eines Streikes auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen dem Einsatz entsprechen muss. **Im Klartext bedeutet dies, dass die Kosten steigen, je länger sich Verhandlungen und mögliche Arbeitskampfmaßnahmen hinziehen.**

verantwortlichen Führung. Ein **Verwaltungsleiter** wird berufen. Der **Verwaltungsleiter** kann nicht alles alleine machen. Ein **stellvertretender Verwaltungsleiter**, eine **Vorzimmerdame**, ein **Pressereferent**, ein **Bote** und ein **Assistent** werden engagiert.

Um den immer mehr zunehmenden Schriftverkehr ordnungsgemäß zu bewältigen, werden ein **Registraturgehilfe** und ein **Archivar** beschäftigt. Die Finanzkontrolle expandiert in erheblichen Umfang. Ein **Haushaltsbeauftragter**, ein **Rechnungsprüfer** und ein **Controller** werden berufen. Um in der Verwaltung wichtige gesellschaftspolitische Ziele zu realisieren, werden eine **Gleichstellungsbeauftragte**, ein **Datenschutz-** und ein **Umweltschutzbeauftragter** implementiert.

In der inzwischen recht unübersichtlichen Verwaltung gilt es der Gefahr von Manipulationen und Bestechungen präventiv zu begegnen. Ein **Beauftragter für Korruptionsbekämpfung** nimmt sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe an. Jetzt bemerkt die Bürgerschaft, dass die Personalkosten allmählich aus dem Ruder laufen. Konsequenter Weise wird der **Brückenwärter** entlassen!!!

Juristeneldorado Amerika

Der Ruf als Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist zwar schon etwas rampo- niert, doch wenn es um Schadensersatzklagen geht, haben die USA Entschei- dungen zu bieten, bei denen kaum noch zu unterscheiden ist, ob es sich um Fiktion oder Realität handelt. Jedes Jahr wird für die absurdesten Schadensersatzklagen der „True Stella Awards“ vergeben. Seit Jahren nimmt das Interesse an dieser Art Verfahren in einem Maße zu, dass im Internet die abstrusesten Gerichtsgeschich- ten kursieren, die allerdings nicht immer auf wahren Begebenheiten beruhen, sondern Ausgeburten kreativer Geister sind.

Bei den tatsächlichen Fällen errang die Stadt Madera einen ersten Preis. Eine Poli- zeibeamtin der Stadt hatte einen verhafteten Ruhestörer mit Handschellen auf dem Rücksitz ihres Polizeiwagens gesetzt. Als der Täter mit den Füßen gegen die Auto- fenster tritt, will die Beamtin ihn mit ihrer Betäubungspistole ruhig stellen. Verse- hentlich greift sie nach ihrer Dienstwaffe, die an der anderen Seite ihres Gürtels steckt, und erschießt den Verhafteten. Den berechtigten Schadensersatzfor- derungen der Angehörigen, die die Stadtkas- se enorm belasten würden, begegnet die Stadt ihrerseits mit einer Schadensersatz- klage gegen den Hersteller der Betäu- bungspistole. Begründung: Dienstwaffe und Betäubungspistole seien sich zu ähn- lich, folglich treffe der Polizistin keine Schuld.

Doug Baker aus Portland in Oregon ge- langte dank „göttlicher Vorsehung“ in den



Streunender Hund warf sein Herrchen völlig aus der Bahn.

Besitz eines streunenden Hundes. Der 45- jährige investierte 4000 Dollar in Medika- mente und Tierarztbehandlungen, um den Rüden aufzupäppeln. Als Baker eines Tages mit seiner Freundin ausgehen will, enga- giert er einen Hundesitter, um das „gött- liche“ Tier zu beaufsichtigen. Doch dann reißt der gesundheitlich genesene Hund erneut aus. Baker schaltet Anzeigen, um sein Tier zurück zu erhalten. Seine Firma geht pleite, weil er seine ganze Zeit für die Suche nach seinem Rüden aufwendet. Weil der Hund als Bote für den Trauring vorgesehen war, verzichtet Baker darauf, seiner Freundin einen Heiratsantrag zu machen. Schließlich engagiert er einen

Tierpsychologen und eine Wahrsagerin, die ihm den Weg zu seinem Hund weisen sollen. Nach zweimonatiger Suche kommt Baker auf die Idee, den Hund dort zu su- chen, wo er verloren ging. Er wird fündig. Dann verklagte er den Hundesitter und verlangte 20.000 Dollar für die Kosten der Suche, 30.000 Dollar für den Verdienst- ausfall, 10.000 Dollar für den vorübergeh- enden Verlust des Hundes und 100.000 Dollar für seelische Grausamkeit.



100.000 Dollar Schmerzensgeld für unfreiwilligen Aufenthalt in Lagerhalle.

Wanda Hudson aus Mobile in Alabama setzte sich mit einer nach deutschen Maßstäben völlig unverständlichen Klage durch. Die 44-jährige war durch Zwangs- vollstreckung obdachlos geworden und lebte seither in einer Lagerhalle. Dort wurde sie eines Tages von einer Security-Wa- che in einer Kammer eingeschlossen. Ob- wohl sie wach war, schrie und klopfte sie nicht, als die Wache die Tür verschloss. Wanda verbrachte 63 Tage in ihrem Ver- lies, ehe sie gefunden wurde.

Nachdem sie sich körperlich erholt hatte, verklagte sie den Wächter wegen Fahrläs- sigkeit auf Schadensersatz in Höhe von 10 Millionen Dollar. Obwohl das Gericht wäh- rend des Prozesses feststellte, dass Wanda zu fast 100 Prozent selbst an ihrem



Carl Truman aus Los Angeles soll 74.000 Dollar Schmerzensgeld erhalten haben, weil bei dem Versuch, die Räder eines Fahrzeuges zu stehlen, seine Hand überrollt wurde.



Pistole verwechselt!

Schicksal schuld war, wurde ihr trotzdem ein Schmerzensgeld in Höhe von 100.000 Dollar zugesprochen.

Bei den folgenden Fällen handelt es sich voraussichtlich um Internet-Legenden, deren realistischer Hintergrund nicht er- wiesen ist. Weit vorne im Bewertungswett- bewerb landete Merv Grazinski aus Okla- homa City. Als er sich angeblich mit sei- nem neuen Wohnmobil auf dem Weg nach Hause befand, stellte er den Tempomat ein und verließ den Fahrersitz, um sich in der



1,7 Millionen Dollar Schadensersatz und ein neues Wohnmobile soll der Eigentümer eines Motorhomes erhalten haben, nachdem er sich mit seinem Fahrzeug überschlug, weil er den Fahrersitz verlassen hatte, um Kaffee zu ko- chen.

Küche des Fahrzeugs einen Kaffee aufzu- brühen. Für Grazinski völlig überras- chend kam das Wohnmobil von der Stra- ße ab und überschlug sich mehrfach. Da- raufhin verklagte er den Hersteller des Wohnmobiles, weil dieser in der Bedie- nungsanleitung nicht darauf aufmerksam gemacht habe, dass Grazinski das Fahr- zeug unausgesetzt hätte lenken müssen. Grazinski soll nicht nur 1.750.000 Dollar Schadensersatz, sondern auch ein neues Wohnmobil erhalten haben.

Carl Truman aus Los Angeles erhielt an- geblich neben den Behandlungskosten auch 74.000 Dollar Entschädigung, weil ein Nachbar mit seinem Pkw Trumans Hand überrollt hatte. Truman hatte nicht bemerkt, dass jemand am Steuer des Wa- gens saß, als er gerade versuchte, die Rad- kappen zu demontieren.

OV Münster

Exkursion in die Hansestadt Hamburg fand großen Anklang

Fast jede Führungskraft steht von Zeit zu Zeit vor der Frage, was die bestimmenden, ausschlaggebenden Faktoren für ein positives oder negatives Arbeitsklima sind. Solche Fragen legen sich selbstverständlich auch Kolleginnen und Kollegen vor, die als Mandatsträger des BSBD für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten eintreten. Angestrebt wird in dem einen wie dem anderen Fall, dass sich die Mitglieder einer Organisation mit deren Zielen identifizieren können. Wenn es besonders günstig läuft, bilden die Mandatsträger eine Art Projektionsfläche für die Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen der Mitglieder. Auf jeden Fall wird von Führungskräften aktives Handeln verlangt. Diese Erkenntnisse beherzigte auch der Vorstand des Ortsverbandes, indem er kurz vor Weihnachten eine Städtereise nach Hamburg organisierte. Neben einer ausgedehnten Stadtbesichtigung stand selbstverständlich auch ein Rundgang über die hamburgischen Weihnachtsmärkte auf der Tagesordnung.

Der 08. Dezember 2007, ein Samstag, stand witterungsmäßig zunächst unter keinem günstigen Stern. An diesem Tag sollte es von Münster nach Hamburg gehen, um einmal persönlich nachzuschauen, wie sich das deutsche „Tor zur Welt“ in den letzten Jahren verändert hat. Die teilnehmenden Mitglieder des Ortsverbandes waren positiv gestimmt, auch wenn der nicht enden wollende Nieselregen schon aufs Gemüt schlagen konnte. Unabhängig von den nicht beeinflussbaren Witterungsbedingungen trug jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer zu einer entspannten, gelösten Stimmung bei. Die Fahrt wurde genutzt, um sich losgelöst von der Routine des Alltags einmal ganz privat zu präsentieren. Das, was dabei zum Vorschein kam, konnte sich durchaus sehen lassen. Originalität, Humor und Einfühlungsvermögen tauchten an Stellen auf, an denen man diese Eigenschaften gar nicht vermutet hätte. Es zeigte sich einmal mehr, dass die Facetten menschlicher Verhaltensweisen schier unerschöpflich zu sein scheinen. Nicht zuletzt wegen der zahlreichen individuellen Talente der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestaltete sich die erste Etappe der Fahrt bis zur unvermeidlichen Frühstückspause recht kurzweilig und unterhaltsam.



Wenn dem Körper Höchstleistung abverlangt wird, verlangt er auch sein Recht.



Erste Sonnenstrahlen tauchen die vorbeigleitende Landschaft in mildes Licht.

Körperlich gestärkt wurde die zweite Etappe der Reise in Angriff genommen. Ausgerechnet die Polizei hielt die Reisegesellschaft mit einer Kontrolle über Gebühr lange auf. Die Ordnungshüter hatten es an diesem Samstag vornehmlich auf Busse abgesehen, was dafür sorgte, dass das Ziel mit deutlicher Verspätung erreicht wurde. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der Vorstand lange diskutiert, in welcher Form der Hamburg-Aufenthalt zu planen sei. Letztlich setzte sich die Meinung durch, man solle den Teilnehmern keine Vorschriften für die Gestaltung des Tages machen. Auch wenn der Vorstand ganz auf Eigenverantwortung setzte, so war man doch gespannt, wie diese Entscheidung von den Kolleginnen und Kollegen bewertet werden würde.

In Hamburg angekommen, wurde ein verbindlicher Treffpunkt vereinbart, dann mischten sich die Westfalen unter die Hanseaten und waren dem Auge des Betrachters schnell verschwunden. Von einigen wurden die Empfehlungen der Reiseleitung befolgt. So unternahm ein Teil der Reisegesellschaft einen ausgedehnten Spaziergang über die acht hamburgischen Weihnachtsmärkte, die sich von der Reeperbahn bis zur Binnenalster erstreckten. Vorbei an den Glühwein- und Würstchenbuden galt es so manchen Stand mit handwerklicher Kleinkunst zu entdecken. Auch

der ein oder andere Abstecher auf Hamburgs Flaniermeile, die Mönckebergstraße, bot ausgiebig Gelegenheit, sich Anregungen für anstehende vorweihnachtliche Kaufentscheidungen zu holen oder einige Besorgungen gleich vor Ort zu erledigen. Die Liebhaber maritimen Flairs hielten sich überwiegend im Bereich der Landungsbrücken auf. Für den 08. Dezember war das Einlaufen des Kreuzfahrtschiffes „Queen Elisabeth 2“ avisiert, das regelmäßig in Hamburg anlegt und dann jeweils Zehntausende von Schaulustigen in seinen Bann zieht. Es ist ja auch immer wieder ein beeindruckendes Schauspiel, wenn der Ozeanriese an den Docks von Blohm & Voss Station macht, um gewartet zu werden. Geradezu spektakulär sind die seefahrerischen Manöver, wenn das Schiff unmittelbar vor den Landungsbrücken gewendet werden muss. Das gekonnte Zusammenspiel einer ganzen Armada von



Die Marco-Polo-Terrassen luden zum Verweilen ein.

Schleppern stellt fraglos die hohe Schule seemännischen Könnens dar. Allein aber der Anblick des riesigen Kreuzfahrers vor den Landungsbrücken verschlägt einem schier den Atem. Allein an diesem Tag sollte die erwartungsfrohe Vorfreude unserer Münsteraner Reisegesellschaft enttäuscht werden. Ungünstige Witterungsbedingungen und ein deutlich erhöhtes Hochwasser verhinderten das Einlaufen der „Queen Elisabeth 2“. Kurzweilige Abwechslung bot da der Besuch der Speicherstadt und des Grasbrookhafens mit seinen Marco-Polo-Ter-

rassen. Hier bewegte man sich auf historischem Geläuf. Der Grasbrook war ursprünglich eine ständig vom Hochwasser bedrohte Insel in der Untereifel. Auch der aktuelle Ausbau kann nur durch kostspielige Schutzmaßnahmen vor Hochwassergefahren bewahrt werden. Gleich zu Beginn des 15. Jahrhunderts, genau 1401, erlangte dieses seinerzeit wertlose Areal traurige Berühmtheit. Seinerzeit diente die Insel als Hinrichtungsstätte. Der Legende nach soll hier am 21. Oktober 1401 der Pirat Klaus Störtebeker enthauptet worden sein. Heute bieten die Marco-Polo-Terrassen die Möglichkeit, sich den Hafengewässern über mehrere Etagen zu nähern, zu verweilen und die Hafentmosphäre auf sich wirken zu lassen. Nachdem sich die Reisegruppe Hamburg auf ganz individuelle Weise genähert hat-



Queen Elisabeth 2: Ein Anblick, den die Reisegruppe wegen Hochwassers leider nicht genießen konnte.

te, waren die Organisatoren überaus gespannt, wie ihr Konzept der absoluten Wahlfreiheit aufgenommen worden war.

Durchweg positive Rückmeldungen

Die Resonanz war dann sehr überraschend. Es gab durchweg positive Rückmeldungen. Niemand hatte sich gelangweilt, niemand hätte sich mehr Begleitung oder Führung gewünscht.

Den Organisatoren fiel ein Stein vom Herzen, hatte sich ihre Entscheidung doch als richtig erwiesen. Gegen 19.00 Uhr verließ der Bus der Münsteraner Reisegesellschaft die Hansestadt, um gemessenen Tempos die urbane Bodenständigkeit der westfälischen Heimat anzusteuern.

Gefangenenbücherei der JVA Münster als „Bibliothek des Jahres 2007“ ausgezeichnet

Die Gedanken sind frei!

Gefangenenbüchereien erregen kaum öffentliche Aufmerksamkeit, richten sie sich mit ihren Angeboten doch an einen eng begrenzten Adressatenkreis. Um öffentlich wahrgenommen zu werden, sind deshalb besondere Anstrengungen erforderlich. Dass es die Gefangenenbücherei der JVA Münster trotzdem geschafft hat, in den Fokus zumindest einer interessierten Öffentlichkeit zu gelangen, ist deshalb bereits aller Ehren wert. Die Auszeichnung der Bücherei mit dem jährlich durch die „Zeit-Stiftung“ vergebenen Preis „Bibliothek des Jahres 2007“ wurde auch in Insiderkreisen als Sensation gewertet. Anfang November 2007 war es dann soweit. Im Rahmen eines Festaktes wurde die Preisverleihung in Anwesenheit von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter durch den Stiftungsvorsitzenden Dr. Markus Baumanns vorgenommen.

Vollzugseinrichtungen mit ihren gleichförmigen, reizarmen Tagesabläufen stehen schnell in der Gefahr, den Inhaftierten nur wenige Anregungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung an die Hand zu geben. Allzu schnell sind Gefangene bereit, sich ausschließlich mit dem auch in Vollzugseinrichtungen unvermeidlichen Fernsehkon-

sum zu bescheiden. In Konkurrenz hierzu haben es andere Medien augenscheinlich schwer, angenommen und nachgefragt zu werden. Akzeptiert wird noch die körperliche Betätigung während der Sportausübung. Hier öffnet sich regelmäßig ein Ventil für den körperlichen Aggressionsabbau. Alle anderen Freizeitaktivitäten,

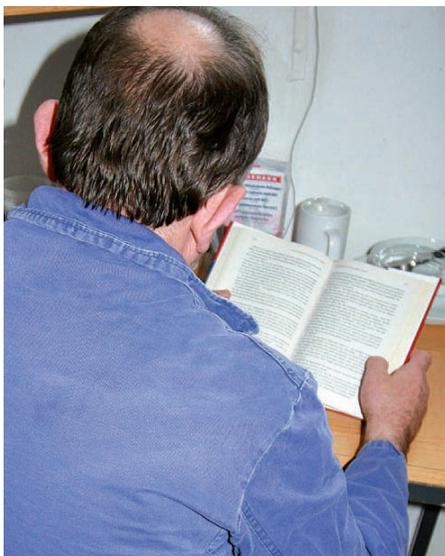


Prof. Dr. Johano Strasser, Präsident des P.E.N.-Zentrums Deutschland, betonte in seiner Laudatio die besondere Bedeutung des Zugangs zur Literatur für die Wiedereingliederung von Straftätern in das gesellschaftliche Leben.

die Vollzugseinrichtungen vorhalten, müssen den Adressaten zunächst einmal nahe gebracht und vorgestellt werden. Beim Betreten der Gefangenenbücherei der JVA Münster stellt sich sofort ein Gefühl der Weitläufigkeit ein, das der besonderen Architektur des Raumes geschuldet ist. Im Jahre 2005 ist die Bücherei durch das renommierte Architekturbüro Bolles & Wilson baulich grundsaniiert und zu der derzeit modernsten Bücherei in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen ausgebaut worden. Helles Mobiliar und über den Regalen angebrachte Spiegel bewirken eine optische Vergrößerung des verfügbaren Raumes. Rund 10.000 Medien werden den Gefangenen nicht nur präsentiert, sondern im Rahmen von Schreibwerkstätten und Vorlesungen intensiv vorgestellt. Büchereileiter **Gerhard Peschers** hat nicht nur besonderen Wert darauf gelegt, die vorgehaltenen Medien



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter und Bibliothekar Gerhard Peschers freuen sich gemeinsam über die Auszeichnung der Gefangenenbücherei der JVA Münster als „Bibliothek des Jahres 2007“.



Ein gutes Buch kann den gleichförmigen Alltag im Vollzug in eine erlebnis- und erkenntnisreiche Zeitreise verwandeln. Bereits Hoffmann von Fallersleben wusste, dass die Gedanken frei sind, selbst unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges.

ansprechend und bedarfsgerecht zu präsentieren. In Zusammenarbeit mit den Architekten hat er eine Ruhezone geschaffen, die es Inhaftierten erlaubt sich zurückzuziehen, sich den Medien zu widmen und den eigenen Gedanken freien Lauf zu lassen.

In der Bewerbungsbroschüre stellt **Peschers** die Bücherei quasi als literarischen Bahnhof für unbegrenzte Reisen in das Reich der Fantasie vor. Er präsentiert die Bücherei als einen Ort, von dem aus man die enge Welt des Gefängnisses allein kraft der eigenen Gedanken verlassen kann, um in die bunte, erlebnisreiche Welt der Autoren und kreativen Geister zu entfliehen. In dieser Welt gibt es keine vorgefertigten Bilder, die die eigene Gedankenwelt durch das allzeit präsente Angebot der elektronischen Medien so sehr bevormunden und einengen.

Lesend andere Charaktere und Lebenssituationen ausprobieren

Peschers will mit seinem Büchereikonzept einen Freiraum für die Gefangenen schaffen und eröffnen, um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, lesend und träumend andere Charaktere und Lebenssituationen ausprobieren zu können, ohne die damit verbundenen Erfahrungen und Konsequenzen gleich in der Realität erleben zu müssen. In diesem Reich der Fantasie lassen sich Rollen ausprobieren, Lebensplanungen und -entwicklungen weiterdenken. Man kann eigenes Verhalten reflektieren und somit Klarheit, Transparenz und Ordnung in das eigene Leben bringen. Hierin sieht auch **Prof. Dr. Johano Strasser**, Präsident des P.E.N.-Zentrums Deutschland, die besondere Bedeutung der ausgezeichneten Institution. In seinem Grußwort wies er darauf hin, dass die Bücherei der Münsteraner Haftanstalt ein wesentliches Instrument eines men-

schonwürdigen, auf Resozialisierung ausgerichteten, modernen Strafvollzuges sei. In ihrem Grußwort hatte Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** zuvor die Arbeit **Peschers** besonders gewürdigt, indem sie der Heranführung der Inhaftierten an die klassische und zeitgenössische Literatur einen hohen Stellenwert im Hinblick auf die Erreichung des Zieles der Wiedereingliederung zuwies. „Lesen hilft den Gefangenen, ihren Horizont zu erweitern und auch nach der Zeit der Entlassung neue Dimensionen ihrer Lebenswelten zu erschließen“, stellte die Ministerin fest.

Dass es nicht die bauliche Herrichtung der Bücherei allein gewesen ist, die die Jury überzeugte, die Gefangenenbücherei für die Auszeichnung vorzusehen, stellte **Gudrun Heute-Bluhm**, die Präsidentin des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V., heraus. Überzeugt habe die Jury, die ihren Beschluss im Übrigen einstimmig gefasst habe, neben der beispielhaften Neugestaltung die realisierte Form der Freihandausleihe, das aktuelle Medienangebot und die hohe Professionalität bei der strikten Aus-



Und so präsentiert sich die Bücherei ihren „Kunden“.



Mit erwartungsvoller Vorfreude warten die Festgäste auf die Auszeichnung der Gefangenenbücherei der JVA Münster als „Bibliothek des Jahres 2007“.

richtung des Angebotes auf den Kreis der Adressaten.

Ein hohes Lob habe die Jury dafür vergeben, dass Lesen noch vor dem Fernsehkonsum zur beliebtesten Freizeitbeschäftigung in der Haftanstalt Münster avanciert sei.

Dieses Ergebnis ist nach Einschätzung von **Heute-Bluhm** gar nicht hoch genug zu bewerten, weil es besonderer Anstrengungen bedarf, um Menschen, die einem eher bildungsfernen Milieu entstammen, mit der Schönheit der Literatur bekannt zu machen. Beeindruckt habe die Jury auch die vielfältige Öffentlichkeitsarbeit und die enge Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Münster, die sich nicht in der Erweiterung der Ausleihmöglichkeit erschöpfe, sondern sich nachdrücklich in gemeinsa-

men Kooperationen und Veranstaltungen zeige. Für **Gerhard Peschers** ist die Auszeichnung seines „Babys“ nicht nur Anerkennung für geleistete Arbeit, sondern Ansporn für die Zukunft.

Die öffentliche Anerkennung wird auch im Innenverhältnis nicht ohne Wirkungen bleiben. Bereits derzeit lassen sich etlichen Mitarbeiter in den Büchereibetrieb einbinden. **Peschers** hofft, dass sich dies künftig noch weiter ausweiten und intensivieren lässt. „Ohne die Unterstützung sowohl der Kolleginnen und Kollegen als auch der Büchereicrew“, ist sich **Peschers** sicher, „wäre es nicht möglich gewesen, dass in Münster zwischenzeitlich Ausleihquoten erreicht werden, von denen vergleichbare Einrichtungen noch weit entfernt sind.“

Personalabbau beeinträchtigt Bearbeitung von Beihilfeanträgen

Seit einigen Monaten schon erreichen den **BSBD** Klagen und Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen über die überaus schleppende Bearbeitung von Beihilfeanträgen durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung. Gemeinsam mit dem **dbb** hat der **BSBD** dieses Problem an das zuständige Finanzministerium herangetragen.

Das Ministerium erklärte hierzu, dass die Problematik bekannt sei. Ursächlich für diese missliche Entwicklung seien die zum Personalabbau geschaffenen Anreizsysteme. Diese seien von den Beschäftigten genutzt worden, um zu sehr moderaten Bedingungen vorzeitig aus dem aktiven Dienst auszuschneiden. Die dadurch eingetretene schnellere Realisierung von KW-Vermerken sei durch das Personaleinsatzmanagement angestrebt und erwünscht gewesen. Man könne sich jetzt schlecht darüber beschweren, dass die geschaffenen Anreizsysteme tatsächlich Wirkung entfaltet.

Der Ministeriumssprecher bedauerte die eingetretene Entwicklung und sicherte zu, es würden derzeit konkrete Schritte und Lösungsmöglichkeiten erörtert und gesucht, um die Bearbeitungszeiten für Beihilfeanträge künftig wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuführen.

Kostendämpfungspauschale umstritten und umkämpft

Das Land Nordrhein-Westfalen hat nunmehr Revision gegen das Urteil des 6. Senats des Oberverwaltungsgerichts Münster eingelegt, mit dem die Kostendämpfungspauschale für verfassungswidrig erklärt worden war. Damit gehen die mit dem Rechtsschutz des **dbb** versehenen Verfahren in die nächste Runde. Nach Auffassung vieler Rechtsexperten besteht eine realistische Chance, dass diese Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben ihre Ansprüche durch die Einleitung von Wi-

derspruchs- und Klageverfahren geltend gemacht und aufrecht erhalten, sodass im Falle es Obsiegens der Kläger eine nicht unbeträchtliche finanzielle Belastung auf das Land zukäme. Mögliche Reaktionen des Landes sind zwischenzeitlich mit Parlamentariern der Regierungsfractionen erörtert worden. Dabei haben die **BSBD**-Vertreter unmissverständlich dazu aufgefordert, die einbehaltenden Kostenpauschalen für den Fall, das diese endgültig für verfassungswidrig erklärt werden sollten, an die Betroffenen auszuzahlen.

Noch in den Kinderschuhen: Leistungsorientierte Besoldung

Im Tarifbereich tastet man sich langsam an ein verstärkt leistungsorientiertes Entgeltssystem heran. Da ein entsprechender Tarifvertrag zwischen den Tarifvertragsparteien allerdings immer noch nicht abgeschlossen ist, haben alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Dezember 2007 eine zusätzliche Sonderzahlung erhalten.

Auch im Beamtenbereich wird jetzt intensiver darüber nachgedacht, weitere Leistungsanreize zu schaffen. Aus dem Finanzministerium verlautet dazu, dass nicht an die Einführung von Leistungsstufen nach dem Vorbild des Tarifrechts gedacht, sondern das Element der Leistungsprämien favorisiert werde. Eine Ausschüttung nach dem Gießkannenprinzip werde es allerdings nicht geben. Die Vergabe der Leistungsprämien soll in die Verantwortung der einzelnen Ressorts gelegt werden, die dann eigene Festlegungen treffen könnten. Honoriert werden, so die Verantwortlichen des Finanzministeriums, könnten allerdings auch Teamleistungen.

Der **BSBD** sieht diese Entwicklung, die 1997 ihren Anfang genommen hat, überaus kritisch. Die in der Vergangenheit mehrfach gezahlten Leistungsprämien haben seinerzeit keineswegs zu mehr Ar-

beitszufriedenheit geführt, was sicher auch mit daran lag, dass im Strafvollzug Einzel- nur schwer von Teamleistungen abgrenzbar sind. Der **BSBD** hat daher mit einiger Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass auch das nordrhein-westfälische Finanzressort in der Beförderung das vorrangige Element sieht, um erbrachte Leistungen angemessen zu honorieren.

Hinsichtlich der Besoldungsstufen sieht das Finanzministerium derzeit keinen akuten Handlungsbedarf. Mittelfristig könne man sich jedoch vorstellen, mit 5 bis 6 Stufen auskommen zu können. Mit dieser möglichen Reduzierung sollten keine Einsparungen realisiert werden, deshalb blieben Anfangs- und Endgrundgehalt unverändert erhalten. Auch von den kinderbezogenen Bestandteilen der Besoldung wolle man sich nicht verabschieden, könne sich aber gleichwohl vorstellen, den jetzigen Verheiratenzuschlag für die Leistungshonorierung nutzbar zu machen. Daneben sei auch denkbar, die Sonderzahlung in das Grundgehalt einzubauen. In diesem Punkt hat der **BSBD** nachdrücklich darauf hingewiesen, dass man sich auf ein solches Vorgehen nur dann verständigen könne, wenn die Prozentsätze der Sonderzahlung zunächst an die vor 2003 bestehenden Verhältnisse angepasst würden.

Für das Jahr 2009 hat die Landesregierung zwischenzeitlich zugesichert, dass Tarifabschlüsse wieder wirkungs- und zeitgleich auf die Beamtenbesoldung übertragen würden. Die Beamten, dies werde ausdrücklich anerkannt, seien in den zurückliegenden Jahren von allen Bevölkerungsgruppen am stärksten zur Reduzierung des Haushaltsdefizites herangezogen worden. Jetzt wolle die Landesregierung die Bremse wieder lösen und den Beamten die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung sichern. Es bleibt zu hoffen, dass dieser hehren Absicht auch die entsprechenden Taten folgen werden.

Kurz notiert * Kurz notiert * Kurz notiert * Kurz notiert

OV Moers-Kapellen

Karl Hausmann begeht 80. Geburtstag

Am 04. Dezember 2007 war es vollbracht, die 80. Wiederkehr des Wiegenfestes „hatte sich pünktlich eingestellt“. Unter die zahlreichen Gratulanten mischte sich auch eine Delegation des Ortsverbandes, um die besten Grüße und Wünsche des **BSBD**-Landesverbandes zu überbringen. **Karl Hausmann** präsentierte sich geistig beweglich und eloquent wie eh und je. Mit besonderer Hingabe ließ er die alten Zeiten Revue passieren, an die man sich im Alter noch in einer Weise erinnern kann, als sei es erst gestern gewesen.

Karl Hausmann ist dem Strafvollzug bis



Ortsverbandsvorsitzender Frank Cittrich (li.) gratuliert Karl Hausmann zum runden Geburtstag.

auf den heutigen Tag eng verbunden geblieben. 1957 trat er als 30-jähriger in den Dienst des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges und begann seine Vollzugslaufbahn, die 30 Jahre später in der ehemaligen JVA Rheinberg endete. Dort war er anfangs für die Versorgung und Betreuung von Jugendarrestanten und zum Ende des Bestehens dieser Einrichtung auch mit der Behandlung von jugendlichen Straftätern befasst gewesen.

Bewegte Zeiten seien es gewesen, als er sich beruflich für den Strafvollzug entschieden habe. So sei der Strafvollzug in den 1960er Jahren durch die „Klingelpütz-Affäre“ in seinen Grundfesten erschüttert worden. Wie immer, wenn sich im Vollzug Skandalträchtiges ereignet, kam auch damals Bewegung in den ins Stocken geratenen Reformprozess. Dieser wurde mit dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes und einer deutlichen Personalvermehrung abgeschlossen. Die 1970er und 1980er seien dann von der einseitigen und unrichtigen Berichterstattung über die RAF-Häftlinge dominiert worden. Im Vergleich dazu befinde sich der Strafvollzug derzeit in einem vergleichsweise ruhigen Fahrwasser.

Auch heute, nach fast 20 Jahren des Ruhestandes, zaubern die Erinnerungen an seinen aktiven Dienst Glanz in die Augen von **Karl Hausmann**.

Der Ortsverband wünscht dem Jubilar für die Zukunft viel Gesundheit, Glück und persönliche Zufriedenheit. Zum nächsten runden Geburtstag wird es sich der Vorstand nicht nehmen lassen, zusammen mit **Karl Hausmann** die vergangenen Zeiten wieder aus dem Nebel der Erinnerung aufsteigen zu lassen.

OV Iserlohn

Sportbedienstete im Bundesjustizministerium empfangen

Sport hat in der JVA Iserlohn schon immer eine bedeutende, herausragende Rolle gespielt. Ohne Übertreibung lässt sich behaupten, die Anstalt habe gerade in diesem Segment der Behandlung von jungen Straftätern in Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle übernommen. Besonders erfreut waren die Mitarbeiter daher über eine Einladung ins Bundesjustizministerium. Das im ehemaligen Ostteil der Hauptstadt untergebrachte Ressort übernimmt für den Bereich des Strafvollzuges nach dem Übergang des Strafvollzugsrechts auf die Bundesländer eine koordinierende Aufgabe. Daneben ist es dafür zuständig, in periodischen zeitlichen Abständen die Wirkungen vollzuglicher Maßnahmen auf die Rückfallhäufigkeit überprüfen zu lassen. Die Iserlohner Delegation wurde durch den Referenten für Straf-

vollzugsrecht, **Hans-Joachim Desens**, empfangen. Nachdem **Desens** ausführlich für die Entwicklung des Strafvollzugsrechts in den einzelnen Bundesländern referiert hatte, wurden speziell die Regelungen für den Sportbereich diskutiert. Einig war man sich in der Einschätzung, dass gerade dieses Tätigkeitsfeld in den Jugendanstalten der Republik deutlich ausgeweitet und aufgewertet werde. Gemeinsam war man der Auffassung, dass der Sport das dringend benötigte Übungsfeld für soziales Lernen anbieten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedereingliederung junger Straftäter leisten könnte. Nach diesem überaus intensiven und fruchtbaren Meinungsaustausch schloss die Delegation ihren Berlin-Aufenthalt mit dem Besuch einer Plenarsitzung im Bundestag ab.



Von links: Thomas Blumberg, Carsten Spickhoff, Referent Hans-Joachim Desens, Olaf Fiedler und Ingo Siebert wurden im Bundesjustizministerium empfangen, um über die Entwicklung des Strafvollzugsrechts nach der Föderalismusreform I zu diskutieren.

Letzte Meldung * Letzte Meldung * Letzte Meldung * Letzte Meldung

Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen weiter schwierig

Die dritte Runde der Verhandlungen der Tarifvertragsparteien hat keine erkennbare Annäherung der Standpunkte erbracht. In Potsdam stehen sich die Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften weiter unversöhnlich gegenüber. Nachdem die Arbeitgeber am 11. Februar kein verbessertes Angebot vorgelegt haben, bereiten dbb tarifunion und ver.di erste Warnstreiks vor. Letzte Möglichkeit für die Arbeitgeber, die zeitlich befristeten Arbeitsniederlegungen zu verhindern, besteht in der Vorlage eines Angebotes, das diesen Namen auch tatsächlich verdient und nicht durch Kompensationsregelungen mit der linken Hand nimmt, was mit der rechten gegeben wird. Kommt es am heutigen Dienstag zu keiner Annäherung, könnte es bereits am Donnerstag die ersten Warnstreiks im öffentlichen Dienst geben.

Das vorgelegte Angebot hält Bundesinnenminister **Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU), Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, für das Ende der Fahnenstange. Jetzt sei es an den Gewerkschaften, ihre Positionen zu verändern und auf die Arbeitgeber zuzugehen. Auch der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, **Thomas Böhle**, verteidigt das eigene Angebot als seriös. Er erwartet von den

Gewerkschaften eine konstruktive Verhandlungsführung und den Willen, zügig zu einem vertretbaren Abschluss zu gelangen. Gegenüber der Presse äußerte **Böhle** allerdings auch Skepsis. Er habe den Eindruck, die Gewerkschaften seien auf Streik aus. Schäuble nannte die Drohungen von **dbb tarifunion** und **ver.di** mit befristeten Arbeitsniederlegungen „öffentliches Getöse“.

Der Vorsitzende der **dbb tarifunion**

Frank Stöhr hält das bisherige Angebot der Arbeitgeber für eine Mogelpackung. Wenn die Arbeitgeberseite auf ihrer Position beharre und ihre Offerte nicht deutlich nachbessere, dann sei eine Konfrontation mit Sicherheit nicht mehr vermeidbar.

Ohne deutliche Gehaltserhöhung wird es keinen Abschluss geben

Eines müsse auch den Verhandlungsführern der Arbeitgeberseite klar sein: Ohne eine deutliche Gehaltserhöhung für die Kolleginnen und Kollegen werde es in diesem Jahr keinen Abschluss mit den Gewerkschaften geben. Die Zeit der jährlichen Reallohnverluste sei ein für alle Mal vorbei. „Wir sind auf eine harte Auseinandersetzung vorbereitet, Warnstreiks in Krankenhäusern und Nahverkehrsbetrieben können kurzfristig realisiert werden“, zeigte sich **Stöhr kämpferisch**.